

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

27. April 2021



Kommt zur 1. Mai-Demonstration

9:45 Uhr: Treffpunkt vor dem DGB-Haus | Schwanthalerstr. 64 | 8336 München

10.30 Uhr: Demonstration von ver.di zum Königsplatz

Am 1. Mai – gemeinsam auf die Straße!

Das Virus treffe alle gleich, hieß es am Anfang. Die Stimmen sind verstummt. Zu offensichtlich ist, dass sich im Schatten dieser Pandemie und ihrer Bekämpfung durch die Regierung alle bestehenden Verhältnisse nur noch verschärfen. Die Ungleichheit wächst, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer, die Unterdrückung schärfer.

Es gibt also keinen einzigen Grund, am 1. Mai zu Hause zu bleiben, aber zig Gründe auf der Straße zu protestieren:

Auch in der Pandemie heißt es: Arme trifft es ungleich härter als Reiche

Kontaktbeschränkungen, Ausgangssperren, Schulschließungen, Verbote von Gemeinschaftssport, Kino- und Kneipenbesuch: Je enger die Wohnungen, um so unerträglicher wird diese Situation. Um so mehr wird das Familienleben mit Schule zu Hause am Küchentisch zum Albtraum. Von der Situation in Altenheimen und Asylslagern ganz zu schweigen. Kein Wunder, dass immer mehr psychisch erkranken.

Da schaut das Leben der Villenbesitzer mit Park, Zweitwohnung und Hauslehrer doch ziemlich anders aus.

Bleibt zu Hause am Abend, aber sorgt tagsüber für die Profite!

„Bleibt zu Hause“ werden wir seit über einem Jahr ermahnt. Doch Millionen werden tagtäglich in die Arbeit geschickt, müssen sich in Bahnen und Bussen treffen, in Fabrikhallen, auf dem Bau, in Büros. Eine Freude für das Virus.

Die Arbeiter während der Freizeit in ihre engen, aber zu teuren Wohnungen zu sperren, das ist möglich. Solo-Selbstständige, kleine Gaststättenbesitzer, Kulturschaffende in den Ruin zu schicken geht auch. Die großen Fabriken und Baustellen in der Hand der Milliardäre mal für ein paar Wochen zu schließen, damit sich die Infektionen wirklich verringern, das geht offensichtlich nicht. Da schreien die Herrn und Damen Kapitalisten auf. Sie empören sich ja schon, wenn sie, wie erst jetzt, nach über einem Jahr, verpflichtet werden sollen, wenigstens regelmäßig zu testen. Zu

teuer, zu große Einschränkung der unternehmerischen Freiheiten ... Und so zieht sich die Pandemie weiter hin.

Milliardenprofite für die Kapitalisten – Lohnraub für die Arbeiter

Große Konzerne wie BMW, Daimler, VW, SAP, Siemens, BASF... melden trotz Pandemie Milliardenprofite. Profite, die locker für ein paar Wochen Lohnfortzahlung ausreichen würden, so aber die Millionen und Milliarden der Besitzer nur noch vermehren. Die Löhne der Arbeiterklasse aber sind gesunken, wie inzwischen auch die nüchternen Zahlen der Statistiker melden. Nullrunden, Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit ... für viele wird es schwierig, die Kosten für Miete und Lebensmittel aufzubringen.

Trotz Milliarden an Steuergeldern für die großen Konzerne – Vernichtung von Arbeitsplätzen

Die Unterstützung der Konzerne durch die Regierung mit Hunderten von Milliarden lief flott. Trotzdem kündigen Konzernvertreter weiterhin die Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen an. Was nicht hohen Profit verspricht, wird abgebaut oder verlagert. Statt Verkürzung der Arbeitszeit für alle aufgrund der immer produktiveren Maschinen heißt es Erwerbslosigkeit für die einen, Steigerung der Arbeitshetze und Ausdehnung des Arbeitstages für die anderen.

Statt schneller Versorgung mit ausreichend Impfstoff für alle – Patente, die Profite garantieren

Nicht so flott wie die Unterstützung der großen Konzerne läuft die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Impfstoff. Statt gemeinsamer Anstrengungen um ausreichend Produktionsanlagen aufzubauen – Konkurrenz zwischen den Herstellern, Gerangel zwischen den Staaten. Das dauert. Patente, die den Profit der Pharmaindustrie sichern, aber verhindern, dass weltweit die Menschen geimpft werden können, weil der Impfstoff nicht bezahlbar ist. ■gr

Es reicht!

Kommt am 1. Mai zu den Kundgebungen und Demonstrationen.

**Gegen eine Politik, die die Profitinteressen der Konzerne bedient und unfähig ist, die Pandemie zu bekämpfen!
Gegen Entlassungen, Lohnraub und Arbeitshetze!**

München: 9:45 Uhr DGB-Haus | Schwanthalerstraße 64 | 10.30 Demonstration von Verdi zum Königsplatz

Ingolstadt: 10:30 Uhr Kundgebung des DGB am Paradeplatz | 14:00 Uhr Demonstration des Ingolstädter Bündnis zum 1. Mai
(siehe örtlicher Einleger)

- Ich will die ~~Auf Draht~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o KommTreff • Holzapfelstr. 3 • 80339 München



Metall-Kapitalisten haben gewonnen!

Der IGM-Vorstand bricht den Tarifikampf ab – die Kolleginnen und Kollegen zahlen die Zeche.



Der Vorsitzende des Kapitalistenverbands Gesamtmetall, Präsident Dr. Wolf, hat zum Tarifabschluss festgestellt: „Unterm Strich bedeutet das: Wir haben unsere Ziele dieser Tarifrunde erreicht. Es gibt keine zusätzlichen Belastungen der Unternehmen in diesem Jahr, es gibt keinen Einstieg in eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung in unserer Branche und wir haben mit der automatischen Differenzierung ein neues Prinzip eingeführt.“ (Presseerklärung von Gesamtmetall am 30. März 2021, nach dem NRW-Abschluss)

Es muss da einiges richtiggestellt werden an dem, was nun den Belegschaften als Zukunftssicherung angepriesen wird, in Flugblättern, Webseiten und Metallzeitung.

Vorweg: Das Jahr 2020 war praktisch eine Nullrunde. Die nun vereinbarte Lohn-erhöhung ist eine Verhöhnung!

Ab 1. Januar 2021, dem Beginn der Tarifvertragslaufzeit, warten die Metallerinnen und Metaller ein halbes Jahr auf 500 Euro, die im Juni ausgezahlt werden. Bis zur Zahlung des ersten sogenannten „Transformationsgeldes“ im Februar 2022, das sind 14 Monate Wartezeit, macht das monatlich 35,70 Euro zur „Zukunftssicherung“ in

den Haushaltskassen. Bei einem Facharbeiterlohn von 3.500 Euro ist das eine Lohnerhöhung von 1,2 Prozent.

Wieso 1,2 Prozent? Wir Gewerkschafter berechnen Lohnerhöhungen immer auf ein Kalenderjahr um, denn die Teuerung der bürgerlichen Statistik bezieht sich ebenso darauf. Nehmen wir einen Facharbeiterlohn von 3.500 Euro, ergibt sich für 2021 eine Lohnerhöhung von monatlich 41,70 Euro. $(35,70 \times 14 / 12)$ Das macht mager 1,2 Prozent. $(41,70 \times 100 / 3500)$ Diese „Corona-Prämie“ ist nicht tabellewirksam.

Die Kapitalisten haben zwischen den Zahlungsterminen genügend Zeit, den unter Corona-Bedingungen für die Profiteschuftenden Arbeiterinnen und Arbeitern die vereinbarten Pauschalbeträge aus den Knochen zu schinden. Wobei überhaupt nicht feststeht, ob sie zur Auszahlung kommen.

Die „Sonderzahlung“ (T-Zug B) von pauschal 400 Euro, die schon 2019 vereinbart wurde und im Juli auszuzahlen ist, kommt

wegen der Krise im Oktober. Sie wird abhängig gemacht von der Rendite. Liegt sie unter 2,3 Prozent, wird nicht gezahlt. Das ist die „Differenzierung“, die das Kapital durchgesetzt hat. Das geht automatisch, ohne Betriebsrat und IG Metall. Die einfache Erklärung des Unternehmers genügt!

Trafogeld – was ist das? Ab Juli 21 bis Februar 22 werden monatlich 2,3 Prozent angespart auf 18,4 Prozent eines Bruttomonatsentgelts. Die Betriebsparteien entscheiden, ob es ausgezahlt wird oder als „Teilentgeltausgleich bei einer kollektiven Arbeitszeitabsenkung zur Beschäftigungssicherung“ eingesetzt wird. (Zit. nach IG Metall-Info) Wobei die Kollegen eben einen Teil aus der eigenen Tasche zahlen. Ab Oktober 2022 wird neu verhandelt.

Die IG Metall-Führung hat während des ganzen Tarifikampfes überhaupt nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, die Kapitalisten und ihre Forderungen mit Wucht zurückzuschlagen. Dazu hätten nicht nur die 24-Stunden-Powerstriks gehört, sondern auch die Urabstimmung und der Vollstreik. Die Voraussetzung dafür ist, den Kapitalisten zu erklären: Was, ihr wollt „Differenzierung“, darüber verhandeln wir nicht, die Verhandlungen sind gescheitert. Jetzt gibt es überall Betriebsversammlungen, Großdemos, Kundgebungen und die Vorbereitungen auf Urabstimmung und Vollstreik. Das alles wurde versäumt.

Der kampfstärke Bezirk Baden-Württemberg mit den Automobilarbeitern wurde nicht in den Kampf geführt. Stattdessen wurde das Stahltarif-Modell aus NRW, wo die Kollegen von der Stahlkrise bedroht sind, auf die Metall- und Elektroindustrie umgelegt.

■ Lu/krn



Tarifdschugel – Kolleginnen und Kollegen, verlangt Aufklärung!

Den Protest gegen diesen zunehmend unübersichtlich werdenden Tarifdschugel und gegen den faktischen Reallohnabbau können die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb am besten schon mal dadurch aufbauen, dass sie massenhaft – und immer wieder – die Sprechstunde des Betriebsrats aufsuchen, um sich aufklären zu lassen. Kämpferische Betriebsratsgremien können natürlich auch Inforunden ansetzen oder eine Extra-Betriebsversammlung (§ 43,1 BetrVG) durchführen.

Warnstreiks für gleiche Arbeitsbedingungen im Osten gestartet

„Auch die vierte Tarifverhandlung in der Metall- und Elektroindustrie Sachsens brachte keinen Fortschritt. Die IG Metall fordert dort ein Tarifliches Angleichungsgeld. Noch immer arbeiten die Beschäftigten im Osten drei Stunden in der Woche länger, für 8,5 Prozent weniger Stundenentgelt. Die IG Metall startet heute Warnstreiks für die Angleichung der Arbeitsbedingungen in Berlin, Brandenburg und Sachsen an den Westen. Seit heute morgen sind die Beschäftigten bei BMW in Leipzig in einem ganztägigen Warnstreik. Bei Alstom in Henningsdorf läuft ein Warnstreik mit Menschenkette. Weitere Aktionen gibt es bei Vitesco in Limbach-Oberfrohna und bei Clarios in Zwickau. Auch die vierte Tarifverhandlung in der Metall- und Elektroindustrie mit dem sächsischen Arbeitgeberverband wurde gestern nach zwei Stunden ergebnislos beendet. Schon im Vorfeld hatte der Arbeitgeberverband mit gerichtlichen Mitteln versucht, die Warnstreiks in der laufenden Tarifrunde zu unterbinden. Die IG Metall hatte daraufhin die Warnstreiks abgesagt und Berufung eingelegt. Der Angriff auf das Streikrecht wurde am 16. April vom Landesarbeitsgericht in Chemnitz abgewehrt.“
(Meldung der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, 21. April 2021)



Solidarität mit Metallern wird verfolgt!



Ich stand am 17. März beim U-Bahn-Ausgang zu BMW und verteilte ein Flugblatt der DKP zur IG Metall-Tarifrunde. Überschrieben war es mit „Solidaritätserklärung der DKP – Für eine kämpferische Tarifrunde!“ Die IG Metall hat auch verteilt, direkt

an den Drehtüren am Werk. Werksschutz und Polizei waren präsent. Eine Frau vom Werkschutz ist öfter zwischen U-Bahn-Ausgang und der „BMW-Welt“ hin und her gelaufen. Ich stand schon etwa 10 Minuten, da hat sich diese Frau ein Flugblatt geholt und zur Polizei

gebracht. Die kam daraufhin auf mich zu und untersagte mir das Verteilen. Während der Ansprache des einen Polizisten telefonierte eine zweite Polizistin. Sie nahmen meinen Ausweis ab, sagten aber, solange meine Personalien festgestellt werden, darf ich weiter verteilen. Ein großer Schwung an Kollegen kam, und es ging richtig gut mit dem Verteilen, weil zwei Polizisten neben mir standen. Dann kam sehr schnell die Polizistin und sagte, ab jetzt darf ich nicht mehr verteilen. Das Verteilen müsse ich beim KVR anmelden, wenn ich alleine Flugblätter verteile. Begründung: Bayerisches Wegegesetz. Sie verwies mich vom Platz mit dem Hinweis, wenn sie noch ein Flugblatt finden, wird das auf mich zurückgeführt.

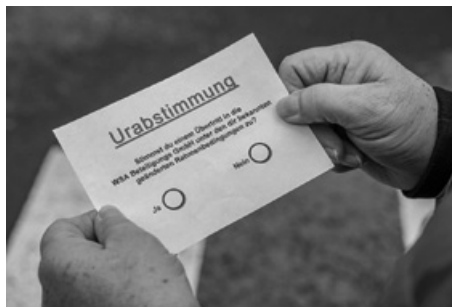
■mm

(Der Verweis der Polizei auf das „Bayerische Wegegesetz“ (BayStrWG) hat keinen rechtlichen Bestand. Siehe dazu Verwaltungsgericht Ansbach, Urteil vom 8.12.2008 - AN 10 K 08.00961. Die Redaktion)

Die MAN-Kollegen in Steyr kämpfen weiter!

Das Werk in Oberösterreich steht weiter auf der Streichliste. Solidarität ist gefordert!

Die 2.350 Beschäftigten des Werkes, also Stammbesellschaft, Leiharbeitskräfte, Auszubildende, haben sich bei einer Urabstimmung mit fast zwei Drittel gegen ein Übernahmeangebot des Investors Siegfried Wolf ausgesprochen. An der Abstimmung, die von Betriebsrat und Gewerkschaft organisiert wurde, beteiligten sich 94 Prozent der Belegschaft. Der vom Mutterkonzern VW bevorzugte Kapitalist Wolf (nicht zu verwechseln mit Gesamtmetall-Wolf) besitzt ein Schloss, eine Pferdezucht und hält die Mehrheit an dem österreichischen Autozulieferer Magna. BMW und Daimler lassen dort fertigen. Wolf hatte massive Drohungen und Erpressungen der Art ausgesprochen wie: entweder ihr akzeptiert, dass die Hälfte der Belegschaft ihre Arbeit verliert, oder das Werk wird geschlossen, und in Steyr und in der Region entsteht ein Industriefriedhof. Leider haben sich auch „MAN-Beleg-



schaftsvertreter in Deutschland“ für die „ordentliche“ Wolf-Lösung ausgesprochen. (zit. nach Süddeutscher Zeitung, 10. April 2021). Hilfreich ist das nicht für die Kollegen in Steyr. Allein in München sollen 1.500 abgebaut werden. Die völlig berechnete und mutige Entscheidung der Belegschaft zeigt, dass sich die Beschäftigten ihres Wertes bewusst sind und sich nicht spalten lassen wollen. Das ist schon bemerkenswert,

dass die Kollegen nicht dem Es-wird-mich-schon-nicht-treffen nachgeben! In der Aussendung des ÖSK (Österreichisches Solidaritätskomitee) von April 2021 heißt es: „Die Beschäftigten dürfen nicht für das Profitstreben und Missmanagement des Volkswagen-Konzerns geopfert werden! Keine Kündigungen, keine Lohnkürzungen, keine Schließung des Standortes! Keine faulen Kompromisse! Die Betroffenen dürfen nicht allein gelassen werden! Heute trifft es MAN-Steyr, morgen einen anderen Betrieb, wenn wir uns nicht gemeinsam und selbständig von unten wehren. Solidarität ist unsere Stärke, Widerstand unsere Chance!

Letzter Stand: Münchner MAN-Vorstand schließt Werk Steyr bis Ende 2022. Verhandlungen über einen Sozialplan haben begonnen. (www.orf.at, 19. April 2021)

■krm

Sendet Solidaritätsschreiben an die Kolleginnen und Kollegen!

An das ÖSK per e-Mail: oesolkom@gmx.at oder an Kollegen Helmut.Emler@man.eu, Betriebsratsvorsitzender.
Weitere Infos zum Kampf der Kolleginnen und Kollegen auf www.prosv.at

„... weil Sie den Unternehmerverbänden im Hintern hängen!“

Wen soll es wundern, dass wir die Pandemie nicht loswerden, wenn die Kapitalisten permanent verschont werden und die Kolleginnen und Kollegen zu Tausenden in die Betriebe befohlen werden.

Mit deutlichen Worten kritisierte Klaus Ernst (Die Linke), ehemaliger Bevollmächtigter der IG Metall in Schweinfurt und Mitglied des Bundestags, die erneuten Änderungen im Bundesinfektionsschutzgesetz. „Sie sind nicht mal in der Lage, in dieses Gesetz reinzuschreiben, dass man doch bitte schön testen muss, bevor man sich am Arbeitsplatz aufhält und bevor man sich möglicherweise so verhält, dass man andere ansteckt. Warum schreiben Sie das denn nicht rein? Wissen Sie was? Ich kann es Ihnen sagen. Weil Sie den Unternehmerverbänden im Hintern hängen – das ist die Tatsache. Und ich sage, das ist deshalb so schlimm, weil wir gleichzeitig, wenn ich hier zum Einkaufen gehe, da brauche ich einen Test, dass ich ins Kaufhaus gehen kann, sonst komm ich gar nicht mehr rein. Wenn ich in den Einzelhandel gehe, brauche ich einen Test, sonst komm ich gar nicht rein. Aber in der Industrie, wo sich täglich 40 Millionen abhängig Beschäftigte tummeln und andere anstecken können – dort drücken Sie die Augen zu und sagen, die sollen doch machen was sie wollen. Unmöglich! Und deshalb ist Ihr Gesetz insgesamt unmöglich! So kann man das nicht machen!“

Die Regierung stelle sich damit einen „Freibrief“ zu noch weiteren Grundrechtseinschränkungen aus. Während man ab einer Inzidenz von 100 kein Geschäft mehr besuchen kann, ohne negativen Corona-Test, und es bundesweite Ausgangssperren nun gibt, gibt es für die Unternehmen keine umfassende Testpflicht am Arbeitsplatz und bleibt die Industrie insgesamt weitgehend von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ausgenommen.

Mit den erneuten Änderungen im Infektionsschutzgesetz verfolgt die Regierung den gleichen Kurs wie schon seit inzwischen über einem Jahr: Grundrechtseinschränkungen im Privatleben der Menschen, aber doch bitte ja keine Einschränkung der Profitmaximierung bei den Konzernen.

Das dem möglichst ungestörten Gang der Profitmacherei alles andere, auch die Gesundheit, untergeordnet wird, das durfte auch Kanzlerin Merkel erfahren. Als von lediglich zwei zusätzlichen Ruhetagen an Ostern die Rede war, bekamen die Kapitalisten schon Schnappatmung. „Plötzliche Betriebsstilllegungen sind für eine international vernetzte Wirtschaft nicht darstellbar.“ So die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie, Hildegard Müller. Andere Kapital-Lobbyisten, so z. B. auch der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), stießen in dasselbe Horn und sahen „irreparable Schäden“ für die deutsche Wirtschaft am Horizont, wenn man die Betriebe nur mal für zwei Tage zumachen müsse. (tagesschau.de, 24. März 2021) Schließlich zwang man Merkel zum Rückzug und machte so einmal mehr wieder deutlich, wo in diesem Land die politische Macht wirklich liegt. Nämlich nicht bei der Regierung, nicht beim Bundestag, sondern in den Vorstandsetagen der Banken und Großkonzerne!

Wen wundert es da noch, dass wir die Pandemie nicht loswerden und lange nicht davon gesprochen werden kann, dass Corona „unter Kontrolle“ ist?

Denn so, dass man die Kapitalisten permanent damit verschont, ihren Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie zu leisten,

dass man mit Notstandsmaßnahmen, wie z. B. der Ausgangssperre, zwar nicht das Virus bekämpft, aber die demokratischen Rechte immer weiter schleift, so kann man es wirklich nicht machen, wenn man den Kampf gegen Corona ernsthaft führen will!

■ma

BMW von Corona-Ausbruch betroffen

Wie ein BMW-Sprecher dem BR bestätigte, habe es Auffälligkeiten auf dem BMW-Werksgelände in Dingolfing bei einem Logistikdienstleister gegeben, der auf dem Werksgelände ein Teile-Versorgungszentrum für die Fahrzeugmontage betreibt. Daraufhin wurde in Absprache mit dem Gesundheitsamt die Reihentestung angeordnet.

Produktion läuft weiter

Mehrere hundert Mitarbeiter des Logistikdienstleisters, anderer Dienstleister sowie Logistik-Mitarbeiter der BMW-Group, die dazu in Kontakt standen und sich wiederholt in dem Versorgungszentrum aufgehalten haben, wurden dabei Anfang der Woche im Werk getestet. Nach Angaben des Sprechers befinden sich die positiv Getesteten in Quarantäne. Produziert wird aber ganz normal, wie es heißt.

Quelle der Infektion schwer zu ergründen

Auf dem Areal des Logistikdienstleisters gelten dieselben strengen Regeln zum Hygiene- und Infektionsschutz wie auf dem gesamten BMW-Werksgelände, so der Sprecher. Der Logistikdienstleister wurde auch auf die Einhaltung der Regeln überprüft. „Deswegen ist es jetzt schwer, die Quelle der Infektion zu finden. Das ist jetzt Aufgabe des Gesundheitsamts, ebenso wie weiterer Untersuchungen“, so der Sprecher. Man stehe als BMW-Group aber in engem Kontakt zum Logistikdienstleister und zu den Behörden vor Ort, um sie bei der Arbeit und der Umsetzung von weiteren Maßnahmen zu unterstützen.

Eine Meldung von BR24.de vom 23.9.2020



Sanktionen und Säbelrasseln gegen China

Die Europäische Union verhängte zum ersten Mal seit über 30 Jahren wieder Sanktionen gegen die Volksrepublik China. Grund: angebliche Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang.

Die Behauptung, China begehe Menschenrechtsverletzungen gegen die muslimische Minderheit der Uiguren, taucht im Zusammenhang mit diffamierender Kritik gegenüber China immer wieder auf. Eine Schlüsselrolle spielt dabei ein angeblicher China-Experte, auf den sich auch viele Medienberichte immer wieder berufen. Sein Name ist Adrian Zenz. Zenz fungiert unter anderem als Sachverständiger des Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages zu China-Fragen. Doch der angebliche China-Experte Zenz war laut eigenen Angaben schon seit über 12 Jahren nicht mehr in China. Er beurteilt die Menschenrechtslage unter anderem anhand von Berichten und Informationen, die er aus dem Internet habe. Ein weiterer Umstand, der die Glaubwürdigkeit des Herrn Zenz trübt, ist die Tatsache, dass Zenz für eine dubiose Organisation, die sog. „Victims of Communism Memorial Foundation“ arbeitet. Die Organisation wurde von ehemaligen stramm rechtsgerichteten CIA-Leuten und hohen Ex-Militärs gegründet und hat sich die ideologische Propaganda gegen sozialistische Staaten zur Aufgabe gemacht. Bis zum Ende der UdSSR war diese das Hauptangriffsziel. Heute ist es China. US-amerikanische Demokraten und Antifaschisten bezeichnen die Organisation mit Recht als neofaschistisch. Zenz ist darüber hinaus von der Wahnidee besessen, er verfolge mit seiner Arbeit gegen China einen angeblich göttlichen Auftrag. Er sieht sich als eine Art moderner christlicher Kreuzritter gegen den ungläubigen Kommunismus.

Eine dubiose christlich-fanatische, erze-
 aktionäre Type wie Zenz passt wunderbar zur Staatsdoktrin der Bundesrepublik, die den Antikommunismus der Nazis lückenlos übernommen hat. Im Kampf gegen die „gelbe Gefahr“, gegen die aufstrebende und an Einfluss gewinnende VR China ist eben jede Propagandalüge, die, wenn sie nur oft genug erzählt wird, zur vermeintlichen Wahrheit wird, wieder einmal recht und billig. Und dass sie dabei den Schulterchluss mit einem durchgeknallten Wahnideologen wie Zenz suchen, spricht wieder einmal Bände, wie es um die „Demokratie“ der Herrschenden hierzulande bestellt ist, die sie am liebsten der ganzen Welt aufs Auge drücken würden!

Bundeswehr gegen China

Aber es bleibt nicht bei verleumderischen Worten und Sanktionen, die die VR China allerlei Untaten bezichtigen. Sanktionen bilden nur die eine Seite des verschärften

Vorgehens gegen China, mit dem die deutschen Bank- und Fabrikbesitzer den Aufstieg Chinas bremsen wollen. Der Kampf um die Kontrolle des Indo-Pazifiks bildet die andere Seite. Ihr komme eine Schlüsselrolle „für die Ausgestaltung der internationalen Ordnung im 21. Jahrhundert.“ zu. So die Bundesregierung in ihrem Strategiepapier „Leitlinien zum Indo-Pazifik“. Und um dort verstärkt deutschen Einflussanspruch anzumelden, ist die Bundesregierung auch bereit, eine Kriegsfregatte der Bundeswehr vor das chinesische Festland zu entsenden. Solches Säbelrasseln, solche militärischen Muskelspiele gegen China bereiten dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich offenbar Bauchschmerzen und erinnern ihn „an das wilhelminische

Weltbild eines ‚Platzes an der Sonne‘“. Er ist sich offenbar auch bewusst, dass eine solche Kanonenboot-Diplomatie vor dem Hintergrund der enormen Bedeutung des China-Geschäftes, insbesondere der deutschen Automobilindustrie, die auf China als Absatzmarkt angewiesen ist, nicht ohne Risiken ist. Aber Herr Mützenichs Bauchschmerzen werden wenig dagegen ausrichten. Einzig und alleine der Kampf der Arbeiterklasse darum, denen, „die die Kriege in aller Öffentlichkeit vorbereiten die Hände zu zerschlagen“ (Bertolt Brecht), wird die Herrschenden davon abhalten, möglicherweise einen brandgefährlichen Konflikt um Macht und Einfluss im Indo-Pazifik mit China zu provozieren.

■ ma



Vor der chinesischen Botschaft in Istanbul verbrannten Uiguren im Juli die chinesische Flagge und Poster von Chinas Staatschef Xi Jinping. (Der Standard, 6. September 2018)

AufDraht

Herausgeber:

DKP und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
 Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

www.betriebsaktiv.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

mehr Informationen über die DKP:
www.dkp-muenchen.de

mehr Informationen über die Gruppe KAZ:
www.kaz-online.de